

Bündnis für Atomausstieg Landshut (BüfA)
Dieses Bündnis gründete sich 2009 u.a. aus
dem Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung e.V.
der Bürgerinitiative Isartal
der BUND Naturschutz - KG Landshut
den Parteien „Die Grünen“ und die ÖDP

Offener Brief

Landshut, 10.08.2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,
Sehr geehrte Herren Minister Aiwanger und Glauber,

vor wenigen Tagen, am 04. August, besuchten Sie zusammen mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, das Atomkraftwerk Isar 2. Dieser Besuch sollte dem von Ihnen geforderten Ausstieg aus dem Atomkonsens einen weiteren Schub verleihen. Wir vom Bündnis für Atomausstieg Landshut wenden uns heute in einem offenen Brief an Sie, um in der gegenwärtigen Diskussion auch unserer Stimme Gehör zu verschaffen.

Es wird leider in vielen Punkten unsachlich argumentiert. Darum wollen wir – jenseits von grundsätzlich unterschiedlichen Einschätzungen in der Energiepolitik – versuchen, eine sachliche Diskussion herbeizuführen.

Als Bürgerinnen und Bürger aus dem Großraum Landshut liegen uns natürlich die den Reaktor betreffenden Sicherheitsfragen ganz besonders am Herzen. Ohne Übertreibung können wir sagen: Wir sind entsetzt, dass für die bayerische Staatsregierung eine dreiseitige Abhandlung innerhalb eines siebenseitigen Briefes genügen soll, um einen Weiterbetrieb einer kerntechnischen Anlage über das Jahresende 2022 hinaus zu legitimieren.

Daher fragen wir Sie:

- Warum wird dieses Schreiben des TÜV Süd „Gutachten“ genannt? Durch die von Ihnen gewählte Bezeichnung könnte sich die Bevölkerung fälschlicherweise in Sicherheit wiegen. Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung im Bayernteil der Ausgabe vom 8. August 2022 „Bayern verteidigt Studie zu Isar 2“ hat der TÜV Süd seine Ausarbeitung selbst lediglich als „Bewertung“ bezeichnet. Dies ist ein nach unserer Auffassung wohlgewähltes Wort bei einer Gesellschaft, die technische Sachverständigengutachten erstellt. Inhaltlich wurde hier somit offenbar kein technisches Sachverständigen-gutachten erstellt.
- Wie ist es möglich, dass zu der Frage, ob ein Reaktor sicher über den 31.12.2022 hinaus betrieben werden kann, obwohl seit 2009 keine periodische Sicherheitsüberprüfung und im Jahr 2022 auch keine Revision stattgefunden hat, ein Gutachter innerhalb weniger Tage und bei laufendem Betrieb eine solch weitreichende Schlussfolgerung ziehen kann?
- Warum werden in den drei Seiten zu Isar 2 im Schreiben des TÜV Süd keinerlei nachprüfbare, öffentliche Quellen zitiert?
- Wäre es angesichts der Tragweite der von Ihnen gewünschten Entscheidung nicht angebracht, einen Gutachter zu beauftragen, der keinen ökonomischen Vorteil aus dem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken hat?

Das Bundesministerium für nukleare Sicherheit und Strahlenschutz schreibt dazu:

Die Stellungnahme erfülle "grundlegende Anforderungen an Gutachten und seriöse Sachverständigenaussagen nicht und sollte deshalb nicht zur staatlichen Entscheidungsfindung herangezogen werden". Weiter wird bemängelt, dass Belege für bestimmte Aussagen fehlen. An einer Stelle ist sogar von Spekulation die Rede.

Wir haben nichts gegen einen weiteren Stresstest zur Stromversorgungssicherheit.

Allerdings finden wir einiges befremdlich. Die Prognoserechnungen der letzten Jahre haben immer mit einem Betriebsende von Isar 2 zum Jahresende 2022 gerechnet. Die Gaskraftwerke im süddeutschen Raum werden seit Jahren als systemrelevant eingestuft, und das aus gutem Grund: Sie liefern die nötige kurzfristige Flexibilität, um die Stromnetzstabilität zu gewährleisten und viele von ihnen arbeiten effizient im Kraft-Wärme-Kopplungsbetrieb. Das Gas-Einsparpotenzial eines Streckbetriebs von Isar 2 würde nach verschiedenen unabhängigen (!) Gutachten¹ gerade mal 0,2 % betragen, was relativ leicht durch Einsparmaßnahmen ausgeglichen werden könnte.

Einen „Automatismus“ auf Grund eines negativen Ergebnisses des Stresstestes, der zu einer – auch kurzfristigen – Verlängerung des Betriebs von Isar 2 führen würde, darf es auf keinen Fall geben. Wie immer in der Politik gibt es Alternativen, die sachkundig zusammengetragen werden müssen, um dann faktenbasiert die ökonomisch und ökologisch beste Entscheidung zu treffen.

Aus unserer Sicht ist aber klar, dass die mit einem Streckbetrieb verbundenen sicherheitstechnisch bedingten Risiken dazu führen müssen, dass Alternativen Vorrang bekommen.

Wir sind nicht bereit, unsere Gesundheit, unser Leben und unser Heimatland auf 's Spiel zu setzen, weder für die ökonomischen Vorteile einzelner Unternehmen noch für politische Profilierungsversuche.

In diesem Zusammenhang ist eine ehrliche Bestandsaufnahme der bayerischen Energiepolitik notwendig. Da sollte die Staatsregierung nicht versuchen, durch eine raffinierte Auswahl von statistischen Daten das Bild zu beschönigen. Wenn Sie sich damit brüsten, Spitzenreiter bei den Erneuerbaren Energien zu sein, dann liegen Sie offensichtlich falsch. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein flächenmäßig großes Bundesland wie Bayern mehr Erneuerbare Energien ernten kann als kleinere Bundesländer. Das wäre so, wie wenn ein Großbauer stolz verkündete, dass er mit 200 Hektar deutlich mehr erntet als ein Kleinbauer mit 20 Hektar. Es kommt auf den Flächenertrag an. Und da liegt Bayern – übrigens trotz der geographisch bedingten Sonderstellung durch die Wasserkraft – gerade mal im bundesweiten Mittelfeld. Und dass Bayern dies erreicht hat, ist vor allem das Verdienst von Privatbürgern und Bürgerenergiegenossenschaften.

Es ist unbestritten, dass die CSU noch im Wahlprogramm 2013 das Ziel hatte, dass jede Kilowattstunde Strom, die in Bayern verbraucht wird, auch in Bayern produziert werden soll. Das ist aber seit 2018 Geschichte: Bayern ist zum Stromimportland geworden und das mit steigender Tendenz².

1 u.a.

https://green-planet-energy.de/fileadmin/images/presse/220706_GPE_Fact-Sheet-Gaseinsparung-durch_KKWVerl%C3%A4ngerung_EnergyBrainpool.pdf

2

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Energie/Energiebilanz/Energiebilanz_2018/2021-02-17_energiebilanz_2018.pdf Hier Folie 50

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Bayerische Staatsregierung in unterschiedlichen Zusammensetzungen seit 2011 den Bau von neuen Gaskraftwerken mit einer Gesamtleistung von 4000 MW auf dem Plan hatte. Dieser Plan wurde nie umgesetzt. Rückblickend können wir sagen: Gott sei Dank. Und obwohl vielen klar war, dass dieser Plan unrealistisch war, wurde keine Alternative dazu entwickelt³.

Die aktuellen Krisen verlangen mehr denn je neue Antworten. Billiger Populismus und ein „Weiter so“ oder gar ein Rückfall in die „Atomära“ bringen uns nicht weiter.

Die hochgradige Gefährlichkeit von in die Jahre gekommenen Atomkraftwerken wird im Augenblick in einen zusätzlichen, besonders kritischen Fokus gerückt: AKW sind nicht nur potentielle Ziele für Terroranschläge sondern eine konkrete Bedrohung, wie in der gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzung (siehe Europas größtes AKW in Saporischschja/Ukraine).

Durch die fortschreitende Klimaerhitzung ist ein umgehender Umbau (Transformation) in eine klimagerechte Wirtschaftsweise zwingend erforderlich.

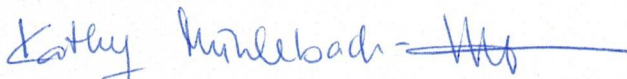
Darum fordern wir Sie auf, nach anderen Lösungen zu suchen und eine neue, nachhaltige Energiepolitik für den Wirtschaftsstandort Bayern zu entwickeln und schleunigst umzusetzen, ohne Atomenergie und mit möglichst wenig fossilen Energien - anstatt weiterhin wiederholt einer Laufzeitverlängerung das Wort zu reden.

Mit freundlichen Grüßen



Ludwig Herrmann

Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut und Umgebung e. V.



Kathy Mühlebach-Sturm

Vorsitzende BN KG Landshut, Mitglied im BN - Landesvorstand

3

<https://www.zfk.de/politik/deutschland/aiwanger-bayern-braucht-mindestens-vier-gigawatt-aus-gaskraftwerken>